

**Rede  
des Sprechers für Digitalisierung**

**Jörn Domeier, MdL**

zu TOP Nr. 17

Abschließende Beratung

**Corona-App - mit Begleitgesetz echte Freiwilligkeit  
und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und  
Arbeitnehmern und Verbraucherinnen und  
Verbrauchern schützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/6815

während der Plenarsitzung vom 22.01.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, die Corona-App war wirklich umstritten, es wurde viel diskutiert, weil sie in dieser Form - staatlich mitentwickelt - etwas Besonderes war.

25,2 Millionen Downloads hat es mittlerweile gegeben - Stand gestern -, und über 7,6 Millionen Ergebnisse wurden digital übermittelt.

Und wenn sogar der Chaos Computer Club mit schmerzverzerrtem Gesicht sagen muss: Diese staatliche Sache ist gut, wir konnten nichts finden, was wir kritisieren können, dann spricht das für diese App und für ihre Vertrauenswürdigkeit.

Ich will aber keine Lobeshymne darauf anstimmen. Wir müssen uns auch darüber unterhalten, warum nur 90 Prozent der Labore ihre Ergebnisse digital übermitteln. Das muss besser werden! Und wir müssen uns auch darüber unterhalten, warum die Akzeptanz bei denjenigen, die positiv getestet sind, nicht vollumfänglich da ist, weil sich nur 60 Prozent der Menschen trauen, dieses Ergebnis für die App freizugeben.

Aus diesen Gründen würde ich wirklich gerne eine Debatte darüber führen, wie sinnvoll das ist, und eine Abwägungsdebatte, warum wir viele Rechte ganz notwendigerweise einschränken, aber zum Thema Datenhoheit ganz wenig sagen.

Aber ich finde es gut, dass die grundsätzliche Debatte, ob wir es verschärfen können, angeregt wird. Deswegen fand ich gut, was Herr Minister Pistorius einmal gesagt hatte. Das hatten Sie, Herr Ministerpräsident Weil, gerade auch erwähnt, aber auch viele andere, um einfach zu sehen, wie wirkungsvoll es sein kann.

Wir haben wirklich viele Grundrechte, die für ganz viele notwendigerweise eingeschränkt sind. Aber die Datenhoheit rühren wir nicht an. Es macht mir, ehrlich gesagt, Sorgen, weil wir gute asiatische Beispiele sehen, wie es laufen kann.

Noch einmal zum Antrag: Sie selbst haben es erwähnt und haben ein bisschen gesagt, was vielleicht nicht ganz optimal war. Der Antrag stammt, glaube ich, vom 22. Juni. Ich gebe zu, dass das jetzt schon recht lange her ist. Damit ist der Antrag viele Regierungserklärungen alt. Wir haben am 22. Juni das erste Sommerhoch gehabt, bei ungefähr 20°C gelebt und andere Infektionszahlen. Deswegen ist eine Verschärfung in dem einen oder anderen Bereich etwas, worüber wir nachdenken sollten.

Aber wir müssen uns nicht an einem Beispiel hochziehen. Dieser eine Campingplatz, um den es sicherlich gegangen ist, der die Nutzung der Corona-

Warn-App verpflichtend machen wollte, war wirklich das einzige Beispiel. Ich kenne keine weiteren. Die Dehoga-Betriebe, gerade die Gastwirtschaften, wollen keine Kunden wegjagen. Sie sind vielmehr froh um jeden Kunden, den sie bekommen können. Dafür sollten wir alle arbeiten.

Vielen Dank.